

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Ostpreußen 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zusätzl. Saldo-Ausschlag, per Brief für Deutschland 30,- M., für das übrige Ausland 35,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5/6.

Die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum kostet 5,- M., einschließl. Feuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließl. Feuerungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Berlin-Gesuche in Morgen-Ausgabe und Stellen-Gesuche 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Centrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Bedingungen in der Kohlenfrage

Die Sitzung vom Freitag

Spaa, 9. Juli. (W. I. B.)

Die Konferenz ist um 11 Uhr zusammengetreten. Präsident Delacroix hat die deutsche Delegation aufgefordert, ihre Antwort, die sie für heute vorlegen wollte, zu unterzeichnen, dessen Text allen Delegierten durch das Generalsekretariat zugehört worden sei. Die deutsche Delegation erklärte sich bereit, das Protokoll zu unterzeichnen, setzte aber auseinander, daß sie das Protokoll mit den durch die Alliierten auferlegten Strafbedingungen dem Reichstag unterbreiten möchte.

Clond George entgegnete im Namen der Alliierten, daß das Protokoll tatsächlich zweierlei Maßnahmen ins Auge fasse, die eine seitens Deutschlands, die andere seitens der Alliierten. Er sehe nicht ein, was der Reichstag mit den Strafbedingungen zu tun hätte, während etwaige Änderungen den Alliierten zu Händen und übrigens ausdrücklich bereits in dem Schlusssatz des Protokolls vom 10. Januar 1920, das Deutschland unterzeichnet hat, vorgesehen seien.

Der Kanzler nahm die Argumentation von Clond George an und erklärte dann, daß die deutsche Delegation das Protokoll unterzeichnen würde. Die Sitzung wurde einige Minuten unterbrochen, um das Protokoll zur Unterschrift fertig zu machen und wurde um 12 Uhr mittags wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der Frage der Schuldigen. Der deutsche Justizminister Dr. Heintze setzte auseinander, wie weit das Verfahren gegen die Schuldigen vor dem Reichsgericht in Leipzig fortgeschritten wäre. Clond George gab der Ansicht Ausdruck, daß die Frage noch nicht so weit gefördert wäre, um in der Konferenz besprochen zu werden. Es müsse vorher eine Zusammenkunft zwischen den zuständigen deutschen und alliierten Ministern stattfinden. Wenn sie nicht zu einem Uebereinkommen gelangen sollten, würde die Angelegenheit wieder vor die Konferenz kommen. Die deutsche Delegation hat dem Verfahren zugestimmt und anerkannt, daß Deutschland ebensoviel Interesse wie die Alliierten daran hätten, die Verbrechen gegen die Kriegsgesetze zu bestrafen.

Die Verhandlungen über die Kohlenfrage

Spaa, 9. Juli.

Die Sonderbesprechung der Justizminister trat heute um 3 Uhr nachmittag im Schloß de la Freineuse zusammen. Die Beratungen führten zu dem Abschluß eines Uebereinkommens. Es wird dadurch dem deutschen Reichsgericht der direkte Verkehr mit den Justizbehörden der Alliierten ohne Benutzung des diplomatischen Weges zur Beschleunigung der Verfahren gegen die Kriegsbefehlshaber ermöglicht. Das Abkommen wurde in der späteren Vollziehung genehmigt und unterschrieben.

Die Vollziehung trat um 1/2 5 Uhr zur Besprechung der Kohlenfrage zusammen. Die Delegierten waren von einem zahlreichem Stabe von Sachverständigen begleitet. Ministerpräsident Miffierand machte im Namen der Alliierten längere Ausführungen, die darin gipfelten, daß Deutschland mit den Kohlenlieferungen, die denen es durch den Friedensvertrag verpflichtet sei, im Rückstande wäre. Die Alliierten hätten deshalb bestimmte Beschlüsse gefaßt, die sie Deutschland zur Unterzeichnung vorlegten. Nach diesem Beschluß der Alliierten wird 1. den Kohlenanforderungen Frankreichs die Priorität aus allen deutschen Förderungen gesichert, 2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohle zu überwachen und zu beaufsichtigen, 3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission genötigt, 4. werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen.

Minister Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Delegation, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, ohne eingehende Besprechungen mit den Sachverständigen zu der Angelegenheit sich zu äußern. Es wurde darauf gegen 7 Uhr eine neue Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr angesetzt.

Das Abkommen unterzeichnet

Paris, 9. Juli.

Nach einer Havas-Meldung aus Spaa haben die Deutschen das von den Alliierten vorgeschlagene Abkommen um 11 Uhr 15 Minuten vormittags unterzeichnet.

Brüssel, 9. Juli.

Die Agentur Havas-Reuters verbreitet hier folgenden Bericht über die heutige Sitzung in Spaa: Die Uebereinkunft über die Entwertung wurde heute von den deutschen Vertretern nach einer sehr bewegten Sitzung unterzeichnet. Nachdem Dr. Simons erklärt hatte, seine Kollegen und er seien zur Unterzeichnung, nicht

aber zur Annahme der Strafbestimmungen bereit, bemerkte Clond George, es gebe nur ein Ja oder Nein. Darauf unterzeichneten die Deutschen.

Die Zugeständnisse der Entente

Paris, 9. Juli.

Nach einer Depesche des „Echo de Paris“ aus Spaa wurden Deutschland bezüglich der militärischen Klauseln im Versailler Vertrage folgende Zugeständnisse gemacht, die die Mitteilungen über die getroffenen Entschlüsse vervollständigen: 1. Nicht eingeschlossen sind die 4000 deutschen Offiziere, die durch den Vertrag Deutschland zugestanden werden, sind die Ärzte und Veterinäre, deren Zahl auf 300 bzw. 200 festgesetzt wurde. 2. Nicht eingeschlossen sind ferner in die genannten 4000 Offiziere 735 Verwaltungsoffiziere. 3. Deutschland kann eine Reserve von 5000 Gewehren und 2 Millionen Patronen halten, um die Verluste auszugleichen, die seinem Kriegsvorrat durch etwaige innere Kämpfe entstehen. 4. Geringfügige Erhöhung der Zahl der Maschinengewehre, so daß alle Formationen in der Lage sind, sich zu verteidigen. Deutschland hatte außerdem ein festes und festes Zugeständnis verlangt zur Ausrüstung der Waffen und Munition derart, daß alle Formationen, Ergänzungen und Schulen mit Waffen versehen seien, um Angriffe zurückweisen zu können; ferner Wiederherstellung einer kurzen Militärdienstzeit mit der Garantie, daß man die Bergünstigung nicht mißbrauchen werde, um eine große Anzahl Deutscher militärisch auszubilden. Diese letzten Forderungen sind nicht gewährt worden, andererseits erhielt Deutschland das Recht, vorübergehend in der neutralen Zone 10 Bataillone, 5 Schwadronen und eine Batterie zu unterhalten.

Die nächsten Verhandlungspunkte

Spaa, 9. Juli.

Die Konferenz trat nach Erledigung der militärischen Fragen sofort in die Besprechung der Frage der sogenannten Kriegsschulden ein. Nach den Ausführungen des deutschen Justizministers schug Clond George vor, die Einzelheiten der Frage einer Besprechung der Justizminister zu überlassen. Die Sitzung wurde kurz nach 1 Uhr vertagt.

Die nächste Sonder Sitzung, in welcher die Justizminister die Besprechungsfrage besprechen werden, findet heute nachmittag 3 Uhr im Schloß de la Freineuse statt.

Die Plenarsitzung findet heute nachmittag um 4 1/2 Uhr statt, um die Beratung über die Kohlenfrage zu beginnen.

Die Danziger Frage

Spaa, 9. Juli.

Wie der Sonderberichterstatter der „Dena“ erzählt, wird die Danziger Frage am Sonntag zur Verhandlung kommen. Dieser Verhandlungsgegenstand wird von den Alliierten als ein solcher betrachtet, der unmittelbare deutsche Interessen nicht mehr berührt und insoweit ohne Hinzuziehung der deutschen Delegierten besprochen werden soll. Der polnische Ministerpräsident Grabski ist gestern in Spaa eingetroffen.

Die bayerische Regierung widersetzt sich

München, 9. Juli.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die bayerische Regierung hat wiederholt, zuletzt in der Nacht vom 8. auf den 9. Juli, bei der Reichsregierung Stellung dahin genommen, daß auch die Einwohner- und Sicherheitswehr in Bayern unter keinen Umständen verpflichtet werden kann und daß die vorwiegenden Forderungen der Entente auf Entwertung dieser Wehren abzulehnen seien. Die Nachrichten aus Spaa haben diese Haltung der bayerischen Regierung nicht zu ändern vermocht. Sie wird von diesem ihrem unverrückbaren Standpunkt aus ihre Bemühungen fortsetzen, den Landeschutz zu erhalten, dessen Staat und Volk zu ihrer Sicherheit unbedingt bedürfen.

Die Kämpfe in der Türkei

Amsterdam, 9. Juli.

Nach einer Meldung aus Athen berichtet Paris, daß die griechische Armee Brussa genommen hat.

Amsterdam, 9. Juli.

Wie „Daily Mail“ aus Konstantinopel meldet, machten die türkischen Nationalisten in der Nacht zum 7. Juli einen neuen Vorstoß gegen Beicos am Bosphorus. Sie wurden von den englischen Kriegsschiffen beschossen und verloren 40 Gefangene. Am Morgen bombardierten die englischen Schiffsgeschütze eine Anzahl Dörfer im Innern des Landes.

Der Handel mit Rußland

Washington, 8. Juli.

Ergänzend wird gemeldet, daß beim Handelsvertrich mit Rußland auch für die Ausfuhr von Lokomotiven, anderen Eisenbahnmaterial, Automobilen und Einzelteilen eine besondere Ausfuhrerlaubnis erforderlich ist. Das Staatsdepartement betont, daß die neuen Bestimmungen nicht die Anerkennung irgendeiner russischen Regierung bedeuten und daß Einzelpersonen oder Gesellschaften, die mit Rußland Handel treiben, dies auf eigene Gefahr tun. Die Regierung könne ihnen keinen Schutz gewähren.

Keine neuen Winkelzüge!

Das einzig Mögliche ist geschehen. Die deutschen Vertreter in Spaa haben gestern vormittag das von den Alliierten vorgeschlagene Abkommen unterzeichnet. Die Delegation hatte noch versucht, die Strafbestimmungen von der Unterschrift auszunehmen. Die Alliierten bestanden aber darauf, daß das Abkommen im ganzen unterzeichnet werden müsse, und darauf ist die Unterschrift vollzogen worden. Die deutsche Delegation war, wie offiziös berichtet wird, einstimmig zu ihrem Entschluß gelangt, nachdem Klarheit darüber bestand, daß Deutschland praktisch und rechtlich keine Möglichkeit habe, die Anerkennung der Forderungen zu vermeiden.

Die peinliche Situation, in die die deutsche Delegation in Spaa geraten ist, wäre vermieden worden, wenn die Regierung die schon seit langem fällige Entwertung Deutschlands, die uns der Friedensvertrag auferlegt, vorher durchgeführt hätte. Es bestand schon seit Monaten kein Zweifel darüber, daß die Alliierten gerade in dieser Frage zu Konzessionen nicht bereit sein würden; statt sich aber in das Unvermeidliche zu schämen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, statt die Abrüstung und die Verminderung der Heeresstärke nach den von uns anerkannten Friedensbedingungen zu vollziehen, ist man den Weisungen der Militärs gefolgt und hat die restlose Erfüllung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages immer wieder hinausgezogen. Am 10. Juli sollte die Verminderung des Heeres auf 100 000 Mann durchgeführt sein; noch vor wenigen Wochen aber ließ die Regierung erklären, daß sie von den Verhandlungen in Spaa erwarte, daß ihr die Beibehaltung einer Stärke von 200 000 Mann bewilligt werden würde, und daß sie deshalb nicht daran denke, die vertragliche Verminderung des Heeres durchzuführen. Erfüllt von dieser Selbsttäuschung ist man dann nach Spaa gegangen, und so mußte es zu der Krise kommen, die von uns und von allen anderen einsichtigem Politikern längst vorausgesehen worden war.

Aber noch immer nicht geben die Militärs und ihre willigen Diener aus dem Bürgertum das Spiel verloren. Sie behaupten jetzt, daß die Alliierten die Entwertung der Sicherheitswehr verlangen, nichts aber darüber gesagt hätten, ob sie aufgelöst oder nur ihrer militärischen Attribute beraubt werden sollen. Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ erinnert an die alliierte Note vom 26. Juni, wonach „die Polizeitruppe“ auf 70 000 Mann erhöht werden dürfe und er scheint daraus die Hoffnung zu schöpfen, daß sich aus Vorbehalten und Unklarheiten solcher Art die Erhaltung der Sicherheitswehr sich doch noch ermöglichen lassen könne. Zu allem Ueberflus hat der württembergische Staatspräsident von Ueber in der gestrigen Landtagsitzung die Erklärung abgegeben, daß die württembergische Regierung von einem Verzicht auf Polizei und Einwohnerwehr nichts wissen wolle, weil das gleichbedeutend mit Auflösung jeder staatlichen Ordnung sei. Die tapferen Schwaben genießen zwar von altersher den Ruf, daß sie sich vor nichts fürchten, aber ihnen wie alle den andern, die mit neuen Winkelzügen dem Problem zu Leibe gehen wollen, muß gesagt werden, daß die Entmilitarisierung Deutschlands nicht länger weder mit List noch mit Drohung verhindert werden darf. Fühlen diese tapferen Schwaben und ihre Gesinnungsgenossen im Reich nicht, welche Beleidigung sie dem deutschen Volk vor aller Welt damit zufügen, daß sie behaupten, Deutschland könne nur mit Korporatismus und Schießgewehr regiert werden? Wie schlecht muß es um eine „Ordnung“ bestellt sein, die sich nur mit Maschinenengewehren und Minenwerfern aufrecht erhalten läßt!

Ein Vorgang des gestrigen Tages verdient noch eine nähere Beleuchtung. Donnerstag abend und Freitag vormittag waren die in Berlin anwesenden Vertreter der Regierung, der Reichsrat, der Hauptauschuß des Reichstages und die Führer der Reichstagsfraktionen zu einer Besprechung über die Bedingungen der Entente zusammengelassen, die Verhandlungen wurden als streng vertraulich bezeichnet. Freitag mittag um 11 Uhr wurde den Vertretern der Presse folgende Mitteilung übergeben:

Berlin, 9. Juli.

In den mit den Parteilührern, dem Hauptauschuß und dem Reichsrat gepflogenen Besprechungen über die Bedingungen der Entente betreffend die Entwertung wurde vom Reichsminister Koch einleitend hervorgehoben, daß der Reichskanzler und die in Spaa anwesenden Mitglieder der Reichsregierung über die Aufstellung dieser Organe unterrichtet sein müßten, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Die Beratungen zogen sich gestern bis nach Mitternacht hin und wurden heute früh um 8 Uhr wieder aufgenommen. Die Bedingungen der Entente lösten die schwersten Bedenken aus. Insbesondere erklärten die Parteien einmütig in der Bedrohung mit der Besetzung deutschen Gebietes eine schwere Gefährdung unserer staatlichen Existenz und der Herstellung eines ehrlichen und friedlichen Zusammenarbeitens.

Die Vertreter der Regierung in Spaa sind von dem Ergebnis der Besprechungen unermüdet in Kenntnis gesetzt worden.

Diese Mitteilung war nichts anderes als eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Sie sollte den Eindruck erwecken, als ob die Paritätäre einmütig hinter allen Handlungen der Regierung ständen und an den nationalistischen Tiraden gegen das Begehren der Entente teilgenommen hätten. Dabei war schon längst vorher der Verlauf der Sitzung bekannt und es bestand gar kein Zweifel darüber, daß sie alles andere als eine einmütige Stellungnahme im Sinne der Regierung ergeben hat. Insbesondere ist es eine beleidigende Unterstellung, als ob die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu einer Eintrachtungsrede verbunden hätten.

Diese beleidigende Irreführung mußte dazu noch höchst lächerlich wirken, weil anderthalb Stunden vorher das Abkommen in Spaa vollzogen war und die dort anwesenden Vertreter der Presse dieses Ereignis der Welt mitgeteilt hatten. Was also schon längst der Öffentlichkeit bekannt war, das versuchte der Vertreter der Regierung in Berlin als Geheimnis zu behandeln und er verlangte von der Presse, daß sie sich einmütig hinter die Regierung stellen sollte, damit der deutschen Vertretung in Spaa nicht unnötige Schwierigkeiten erwachsen sollten. Dieses halb förmliche, halb traurige Spiel war selbst den Vertretern der bürgerlichen Presse zu viel. Sie drohten mit dem Abbruch der Beziehungen zur Regierung, wenn diese in der Behandlung der Presse nicht andere Maßnahmen einschlagen wolle. Nun sah sich der Vertreter der Regierung veranlaßt, noch einmal Informationen einzuholen und sie dann der Presse mitzuteilen. Danach sollte in Spaa nachgehört werden, das Ententeabkommen in drei Teile zu zerlegen, die Entwaffnungsbedingungen und die Zugeständnisse der Entente zu unterzeichnen, dagegen eine Milderung oder Aufhebung der Strafgesetze zu erreichen. Aber auch diese Informationen waren inzwischen durch die Ereignisse längst überholt worden.

Auch aus diesem Vorgang könnte man schließen, daß die Regierung noch immer nicht daran zu denken scheint, mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen und die notwendigen Folgerungen aus ihnen zu ziehen. Sie will noch immer den Anschein erwecken, als ob das deutsche Volk zugrunde gehen müsse, wenn es dem Willkürismus erdulden sollte. Wir meinen demgegenüber nicht müde werden zu betonen, daß das deutsche Volk aller militärischen Organisationen bis zum Überdruß satt ist. Das Ultimatum von Spaa muß rasch und ohne jeden neuen Hintergedanken durchgeführt werden. Wenn die Bourgeoisie ihre Ordnung ohne politischen Schutz nicht aufrecht zu erhalten vermag, so soll sie sich auf diesen allein beschränken. Die Regierung hat jetzt die Pflicht, nicht nur die Verminderung des Heeres auf 100.000 Mann und die sofortige Auflösung der Sicherheits- und der Einwohnerverschutztruppen, sondern auch die Freikörper durchzuführen. Sie muß auch dafür sorgen, daß alle in Händen des Bürgertums noch befindlichen Waffen, besonders das auf Gütern der Agrarier verstreute Kriegsmaterial herausgeholt und der Verwertung preisgegeben wird. Wenn die Regierung mit Energie diese notwendigen Maßnahmen durchführt, so wird sie die Arbeiterklasse hinter sich finden. Folgt sie aber nicht, so wird die Arbeiterklasse der Militärs und der nationalisierenden Reaktionskräfte, so muß sie sich des erbittertsten Kampfes des Proletariats gemächtig halten.

Die beleidigte Schönheit

Das „Berliner Tageblatt“ ist uns sehr böse, daß wir die Heldentaten seines Sonderkorrespondenten in Spaa nicht genügend gewürdigt haben. Da es die Berichte des Herrn, die wir als schmählich bezeichnet haben, kritisch abgedruckt hat, so fühlt es sich von unserer Kennzeichnung seiner Berichterstattung nur allzu sehr getroffen. Das Blatt, das von jeder in den Leitartikeln seines Chefredakteurs ebenso auch in den Berichten seiner Korrespondenten den Nachdruck erhält auf irgendwelche politischen Vorgänge, auf Kritik, persönliche Mißstände oder unappetitlichen Byzantinismus so stolz ist, möchte nun seinem Publikum einreden, daß seine Korrespondenten eigentlich die geborenen Staatsmänner seien, hervorragend an Erfahrung und politischem Verständnis.

Wir brauchen in dieser Hinsicht kaum noch das „Berliner Tageblatt“ an die Klatschberichte seines Wiener Korrespondenten, die in Wahrheit im Stille der Kaffeehausliteratur abgefaßt waren, oder an seine literarisch-ästhetisch und demokratisch-konfuse Berichterstattung über das frühere und jetzige Rußland, vor allem aber an seine Kriegsberichterstattung, zu erinnern. Wir können uns heute damit begnügen, festzustellen, daß der von politischem Verständnis freiziehende Sonderkorrespondent des Blattes gestern früh alles widerrufen mußte, was er vorgestern gemeldet hatte. Der Herr, der aus Foch's Lächeln die Gemeinheit der Franzosen und den Konflikt zwischen den Militärs, aus Lloyd Georges Lächeln den abgeklärten Menschenliebe herausdestilliert, dieser Korrespondent, den Herr Theodor Wolff, wenn er nur die Hälfte des ästhetischen Gefühls eines Kaffeehausliteraten besäße, für einen Schmock erklären müßte, dieser treffliche Korrespondent hatte vorgestern gemeldet, daß dank Lloyd Georges freundlichem Lächeln alles in Ordnung sei, und daß ein Konflikt in der Entwaffnungsfrage kaum noch bevorstehe. Gestern früh landete er dann seinen Klatschbericht über die höchst bedenkliche Situation, die er selbstverständlich längst vorausgesehen hatte.

Da das „Berliner Tageblatt“ die Leistung seines Korrespondenten, der die Ehre hatte, „einen Augenblick nicht neben Lloyd George zu stehen“ nicht leugnen kann, da es nicht fühlt, wie widerwärtig die Andeutung seines Berichterstatters bei den sozial gemächten Ententeministern, deren „messerscharfes Profil“ Herr Schiffer an liebsten mit einer Lobeshymne preisen möchte, da es eigene Ideen in politischen Kampfe nicht hat, so benutzt es diesmal die alten deutschnationalen Methoden, um uns als „Vierant der Hoch und Roter und des ganzen gewaltpolitischen Ententemilitarismus“ zu verdächtigen. Dieses aus deutschnationalen Wahlfügblättern abgeschriebene Klischee, das das ebenso „namenlos“ wie namenlos unbedeutende Leitartikel-„Individuum“ des gestrigen Abendblattes seinen Lesern vorsetzt, ist so abgenutzt, daß jedes Wort der Erwiderung darauf zuviel wäre.

Belegter Streik. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, ist der Streik auf der Braunschweigischen Landesbahn und der Braunschweig-Schöningen-Oscherslebener Bahn nunmehr nach einmonatiger Dauer beendet. Die Beamten und Arbeiter nahmen den Dienst am Sonnabend wieder auf.

Praktische Selbsthilfe. In Apolda ließ das Gewerkschaftsamt am Freitag die Zugänge zum Wochenmarkt besetzen und jenseitigen Verkauf untersagen, bis die Preise herabgesetzt waren. Als dies um 10 Uhr geschehen war, begann der Verkauf zu ganz erheblichen ermäßigten Preisen.

Unternehmerterror. Ein Ultimatum des Arbeitgeberverbandes von Saarbrücken fordert von den Streikenden eine Erklärung der Arbeitswilligkeit bis Sonnabend, widrigenfalls Entlassung sämtlicher streikenden Arbeiter angedroht wird. Die Arbeitgeberorganisationen weisen jede Verantwortung für die Folgen dieses Ultimatus zurück und stellen sich bisher auf einen ablehnenden Standpunkt.

Der Zusammenbruch der polnischen Front

Die Offensive, die Sowjetrußland zur Stunde gegen Polen führt, ist von der polnischen Regierung gewaltsam heraufbeschworen worden. Sowjetrußland hat in den letzten Monaten wiederholt ein Friedensangebot an Polen gerichtet. Es gab klar zu erkennen, daß es keinerlei kriegerische Absichten verfolgte, es wollte die Gegenstände auf friedlichem Wege klären, stieß aber auf den Widerstand der polnischen Regierung, die alle Friedensvorschlüsse brüskel zurückwies und sie schließlich mit einer großen Offensive auf Kiew beantwortete. Polen, das sehr stark imperialistisch orientiert ist, verfolgte mit diesem Schlag gegen Sowjetrußland nicht nur unflätige Eroberungspläne, sondern es wollte damit auch die Aufmerksamkeit von den inneren Schwierigkeiten ablenken, die immer verwickelter werden und nach Lösung drängen. Das arbeitende Volk sollte mit einem nationalisistischen Rausch derart betäubt werden, daß es keine wirtschaftlichen und politischen Forderungen an den jungen Staat vermag und sich als Vorspann der polnischen Junker mißbrauchen ließ.

Die Rechnung erwies sich als verfehlt. Die Anfangserfolge, die die Offensive gegen die Ukraine zeitigte, gerieten bald ins Stocken. Rußland, das eben dabei war, seine Armeen der produzenten Arbeit auszuführen, machte wiederum mobil. Der Angriff, den es abzuwehren hatte, vereinigte seine Kräfte, Polens Armeen hatte harten Schlägen Stand zu halten, sie wurde schließlich gezwungen, Kiew zu räumen und befindet sich heute auf dem ganzen Front im Rückzug. Der Traum der polnischen Oberen ist zu Ende. Sie wollten Rußland vernichten und müssen nun alle Kräfte anspannen, um nicht selbst der Vernichtung anheimzufallen.

Die Berichte, die über den Zusammenbruch der polnischen Front und den Vormarsch der roten Armeen aus dem Osten kommen, sind zweifellos im Hinblick auf Spaa stark gefärbt. Solet scheint aber festzustellen, daß die rote Armee das Festungs-dreieck Nowo-Dubnow-Lud, das noch aus dem Weltkrieg bekannt ist, durchbrochen hat und in Richtung auf Tarnopol und Lemberg sich im Vormarsch befindet. Die Russen scheinen schon gallisches Gebiet erreicht zu haben. Weit gefährlicher gestaltet sich aber die Lage der Polen im Norden. Dort ist die rote Armee bis an die Beresina vorgedrungen und soll sie teilweise sogar schon überschritten haben. Auch in der Richtung Wlask-Brest-Litowsk stoßen die Sowjettruppen vor, anscheinend mit dem Ziele auf Warschau. Die polnische Front weicht große Lücken auf, die russischen Berichte melden große Beute an Gelangenen und Kriegsmaterial, und es wird sich nun fragen, ob Polen noch stark genug ist, sich wieder zu sammeln, die Front zu schließen und von russischen Vormarsch zum Stillstand zu bringen.

Die reaktionäre Presse schlägt dem Vormarsch der Roten Truppen natürlich über jede Gebühr aus. Sie sieht den Untergang der europäischen „Kultur“ tödlich herankommen, ihrem Urteil zufolge müßten die roten Truppen schon nächste Woche an der deutschen Grenze stehen, und was dann kommt, das ist natürlich der Bolschewismus, der nicht halt machen wird in Deutschland, sondern weiter vordringen wird, als selbst die Pariser Machthaber glauben.“ Und das alles, weil die Entente den deutschen Militarismus, der sich so gut als Mittel Europas verwenden läßt, die Zähne ausbrechen will.

Die Schreckensreden, die von der reaktionären Presse ausgehen werden, sind aber nichts weiter als eitel Phantasie. Möglich, daß Rußland in der Lage ist, Polen noch einige schwere Schläge beizubringen. Es ganz zu überrennen, bis an die deutsche Grenze vorzustoßen, ist politisch, militärisch und wirtschaftlich völlig ausgeschlossen, ganz abgesehen davon, daß Rußland nicht daran denkt, Eroberungen zu machen. Es will und braucht seine gesamte Kraft für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Wenn es jetzt gegen Polen operiert, so ist ihm dieser Kampf aufzuzwingen worden. Kommen die polnischen Machthaber zur Einsicht, dann wird sich bald die Basis für einen Frieden finden lassen, den Rußland für die Dauer ebenso notwendig braucht wie Polen.

Die Lage in Polen

D. A. Warschau, 8. Juli.

Der Zusammenbruch der polnischen Front scheint nach den jetzt reichlicher einlaufenden Meldungen bedeutend gefährlicher zu sein, als die Polen bisher erkennen ließen. Die Kaillosigkeit der oberen militärischen Stellen, der Mangel an Waffen und Munition, das völlige Versagen des Verwaltungsdienstes und die Unmöglichkeit, die Versorgung der Truppen durch einen geordneten Nachschub durchzuführen, hat eine völlige Demoralisation der polnischen Truppen zur Folge gehabt. Selbst in reinpolnischen Regimenter ist es in den letzten Tagen häufig zu umfangreichen Meutereien gekommen. Die Unversitteten haben geschlossen, die polnischen Bischöfe rufen das Volk gegen den Feind des Vaterlandes und der Kirche auf.

Kennzeichnend für den Ernst der Lage ist, daß der neue Ministerpräsident Grabski, den die bisherigen polnischen Gesandten in London, San Pietro, nach Warschau berufen hat, um ihm den Posten des Ministers des Auswärtigen anzuvertrauen. Man darf hierin einen völligen Umschwung der polnischen Außenpolitik sehen. Die polnische Regierung versucht jetzt, nachdem sie in Frankreich gelehnten Hoffnungen verlagert haben, bei England Hilfe zu finden. Diese Neuorientierung wird durch die polnische Presse bestätigt.

Das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei hat eine Erklärung veröffentlicht, in der die Regierung erneut aufgefordert wird, Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland sofort einzuleiten.

Wie die Telegraphen-Union aus Warschau meldet, haben die Bolschewisten bei Kiew und Beresina die Beresina überschritten.

Ein Aufruf des Generals Haller an die Gesamtheit des polnischen Volkes fordert zur Bildung einer Freiwilligen-Armee auf.

Polen bittet um Hilfe

Warschau, 8. Juli.

Das Ministerium des Reichens hat an die Konferenz in Spaa eine Note gerichtet, in der es heißt: Polen ist jeden Augenblick bereit, Frieden zu schließen nach dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung, die zwischen Polen und Rußland wohnt. Das polnische Heer schlägt Europa vor, der bolschewistischen Woge, das polnische Volk steht zum Schutze seines heimischen Herdes auf. Polen braucht, wenn es zum weiteren Kampfe gezwungen wird, die ausgiebige materielle und moralische Hilfe der Allierten.

Japan bereichert sich

Tokio, 3. Juli.

Die japanische Regierung hat folgendes Communiqué herausgegeben:

Die Ermordung der japanischen Kolonie in Nikolajewsk im Mai d. J. einschließlich des japanischen Konsuls und seiner Familie und der gesamten Garnison durch bolschewistische Truppen hat die japanische Regierung veranlaßt, Schritte zu unternehmen, um die Ehre und das Ansehen Japans zu wahren. Da jedoch zur Zeit keinerlei verantwortliche Regierung besteht, bei der Vorstellungen erhoben werden konnten, so kam die japanische Regie-

rung in Erwartung der Einrichtung einer legitimen Regierung und einer Genugtuung für den obigen Vorfall zu dem Entschluß, gegen die Punkte in der Provinz Sachalin zu verlegen.

Mit Rücksicht auf die erfolgte vollständige Räumung der Transbaikalien durch die tschecho-slowakischen Truppen hat die japanische Regierung beschlossen, ihre Truppen entsprechend ihren wiederholten Erklärungen aus diesen Gebieten zurückzuziehen. Anders verhält es sich mit der Umgehung von Wladiwostok. Von dort aus ist Korea noch immer bedroht, die Vorentscheid sich sofort zu veröffentlichen. Ueberdies leben Japaner in großer Anzahl in der Nachbarschaft, und Chabarowski ist ein Punkt von strategischer Bedeutung auf dem Wege nach der Provinz Sachalin. Angesichts dieser Erwägungen sieht sich die japanische Regierung genötigt, eine hinreichende Anzahl von Truppen in diesen Gebieten zu unterhalten, bis zu der Zeit, wo Friede und Ordnung vollständig gesichert sein wird.

Keine polnischen Truppenansammlungen an der ostpreussischen Grenze

München, 9. Juli.

Die Interalliierte Kommission hat infolge der im Lande verbreiteten Gerüchte über polnische Truppenansammlungen an der Grenze des Ostpreussengebietes eine Anfrage an die polnische Regierung gerichtet, auf welche diese geantwortet hat, daß sie die Nachrichten als völlig unbegründet betrachte.

Wedenkliches Schweigen

Nach seiner Periode der Redefreiheit, die mit dem Scheitern einer neuen Antikommunistischen Hebe endete, hält das Reichswehrministerium sich wieder in Schweigen. Es ist auf mehrmalige Anfragen nicht in der Lage, auf das Material zu antworten, das die „Reiniger Volkszeitung“ über die Zeitfreiwilligen ihres Bezirkes veröffentlicht hat. Noch immer schweben die Untersuchungen, die immer bemüht man sich vergeblich zur Verhinderung der Tatsachen, eine einmütigen glaubhaften Ausdruck zu finden. Auch über die Vorfälle bei der Auflösung des Reichsausschusses des Freikorps Kulo in Zeithain schweigt das Reichswehrministerium sich gründlich aus. Auch dieser Fall ist in Untersuchung und soll nach Möglichkeit da bleiben, bis er verfallen ist. Deshalb kann das Reichswehrministerium auch jetzt noch nichts mitteilen über die Verhaftung des Kommandanten Kulo. Es weiß nichts über die Weigerung des Freikorps, in 1200 Mann Stärke sich entlassen und aufzulösen zu lassen. Es ist ihm offenbar auch nicht klar, warum noch immer Freikorps bestehen, obwohl es selber mindestens 50 mal mitteilt hat, daß sämtliche Freikorps aufgelöst seien.

Ein interessantes Wahlergebnis

Von der badisch-schweizerischen Grenze wird uns geschrieben: Ein bemerkenswertes Aufsehen darüber, wie die Arbeiterschaft im Ausland über unsere Partei denkt, gibt das folgende Wahlergebnis der in Basel wohnenden Deutschen, die am 6. Juni an der Grenzstelle Lörach (Baden) ihre Stimmen wie folgt abgaben:

U. S. P.	779
Zentrum	304
Demokraten	229
S. P. D.	118
Deutschnational	34
Deutsche Volkspartei	25
R. P. D.	8

Die U. S. P. steht also an erster Stelle und hat mehr Stimmen erhalten, als alle anderen Parteien zusammen. Die in Basel wohnenden deutschen Arbeiter haben sich damit mit großer Majorität für die Unabhängige Sozialdemokratie entschieden. Geradezu katastrophal ist der Niedergang der Reichsnationalisten, die von 778 Stimmen im Jahre 1910 am 6. Juni 608 Stimmen verloren haben. Auch die polnische Abgabe an die R. P. D. gibt sehr zu denken. Dieses Ergebnis ist wiederum ein Beweis dafür, daß die U. S. P. die alte sozialdemokratische Partei geblieben ist, ebenso wie es die sozialistische Partei ist, an die sich unsere deutschen Genossen in Basel angeschlossen, während die S. P. D. zu einer Reformpartei geworden ist. Unsere Basler Genossen genießen allerdings durch den Basler „Vorwärts“ eine andere Auffassung wie durch das Berliner Blatt gleichen Namens.

Reaktionäre Geldentaten

Während der letzten Wochen haben in Würzburg Lebensmittelunruhen stattgefunden. Wie sehr gemeldet wird, hat das Würzburger „Volksgericht“ Neben Personen, die bei den Unruhen eine hervorragende Rolle gespielt haben sollen, zu Strafen von fünf Monaten bis zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht beruhte in der Urteilsbegründung, daß die Teuerungsdemonstrationen an sich berechtigt und verständlich gewesen seien, daß aber gemeinschaftliche Personen, die die Volksmassen aufhoben und zu Gewalttätigkeiten aufstacheln, exemplarisch bestraft werden müssen.

Welcher Tendenz dieses Urteil zugrunde liegt, geht aus einer zweiten Meldung hervor, wonach am Donnerstag unser Genosse, Stadtrat Schauer, verhaftet worden ist, weil er bei der Beerdigung der Opfer der letzten Unruhen in einer Rede „aufreizende Ausführungen“ gemacht haben soll.

Diese Beerdigung der bayerischen Reaktionäre fordert den Protest der Arbeiterschaft geradezu heraus. Reaktionäre Hochverräter und Massenmörder können in der deutschen Republik frei herumlaufen, unabhängige Führer werden wegen „aufreizender“ Grabsreden ins Gefängnis gebracht.

Beigelegter Lohnstreik

Im Reichsarbeitsministerium hat unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Bodensein mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der oberösterreichischen Berg- und Hüttenindustrie eine Sitzung stattgefunden, in der es gelungen ist, die seit mehreren Wochen schwebenden Lohnstreiks zu beilegen. Es wurde die Vereinbarung getroffen, daß zu den tariflich seit April geltenden Löhnen der im Schließjahr des schlesischen Ausschusses in Gleitsch für die einzelnen Arbeiterkategorien festgesetzte Zuschlag entsprechend der im Monat Mai und Juni 1920 im Durchschnitt verfahrenen Schwankung einmalig, verteilt auf die Monate April, Mai und Juni 1920, gezahlt werden solle. Die Auszahlung erfolgt mit der Juni-Lohnung. Nachdem der Arbeitgeberverband die Vereinbarung nunmehr angenommen hat, ist auch die Zustimmung der Belegschaften nicht zweifelhaft. Die Lohnbewegung im oberösterreichischen Bergbau kann als beendet angesehen werden.

Günstige Ernteausichten

Die günstige Entwicklung der Feldfrüchte während der Monate März bis Mai hat auch im Monat Juni angehalten und ist jetzt bereits an der Hand der frühesten soweit fortgeschritten, daß die Ernteausichten als durchaus günstig bezeichnet werden können. Zu diesem Urteil gelangt auch das preussische Statistische Landesamt auf Grund seiner eigenen Erhebungen. Dieses günstige Erntergebnis ist um so bemerkenswerter, als der Boden infolge der außerordentlich mangelhaften Bewirtschaftung während der Kriegsjahre weniger ertragsfähig geworden ist und weil auch im letzten Jahre die Düngung der Felder wegen des Mangels an Düngemitteln unzureichend war. Die ungewöhnlich günstige Witterung des Frühjahrs hat diese Mängel zum großen Teil ausgeglichen, so daß ein wesentlich höherer Ertrag pro Frühlingsfrucht zu erwarten ist, als in den vorhergehenden Jahren. Es ist sehr bezeichnend, daß trotz dieser Tatsachen das Reichsernährungsministerium eine so wesentliche Erhöhung der Erzeugnisse beabsichtigt. Sie stellen bei diesem günstigen Ernteausschlag lediglich Viebesgaben an die großagrarische Bevölkerung dar, die eine wesentliche Berücksichtigung der Lage der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung herbeiführen müssen.

Zum Urteil im Blau-Prozess

Aus juristischen Kreisen wird uns geschrieben:

Das gesamte Verfahren wegen der Ermordung des Spitzels Blau — sowohl Untersuchung, Hauptverhandlung und Urteil — und geeignet, im Zusammenhang mit der in Deutschland üblich gewordenen Gerichtsprozedur dem Proletariat ein anschauliches Bild von dem Wesen der Klassenjustiz zu geben.

Eine unbekannte Leiche wird im Landwehrkanal gefunden. Nach der Obduktion läßt das Gutachten der medizinischen Sachverständigen die Frage von Selbstmord und Mord offen, aber gewisse Einzelheiten der Auffindung, die Art der Veranschaulichung der Leiche, lassen die Wahrscheinlichkeit eines Verbrechens wachsen. Die ersten Spuren, die ein in den Kleidern des Toten gefundener Befund ergibt, führen zu der Feststellung, daß es sich um die Leiche des Spitzels Blau handelt, der im Dienste militärischer und ziviler Stellen innerhalb der revolutionären Arbeiterkassen an verschiedenen Orten Deutschlands als Spion wie auch als Provoqueur tätig war.

Und nun geschieht das Bezeichnende, die Untersuchung wird der Erforschung aller Tötungsverbrechen zuständiger Kriminalabteilung entzogen und der — angeblich aufgelösten — polizeilichen Polizei übertragen. Während nach dem scheinbar unbedingten Verbrechen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der Ermordung der 29 Matrosen, es monatelanger Pressearbeit bedurfte, um eine Verurteilung der bekannten Täter durchzuführen, während die hundertfachen Nordbuben aus Marburg bis zur Verhandlung auf freien Fuß blieben, wurden in der Mordsache Blau Verhaftungen über Verhaftungen in geradezu erschauendem Umfang vorgenommen. Freilich beschränkten sich diese Festnahmen nur auf Kommunisten, nicht aber auf die höchst verdächtigen Spitzelkonkurrenten des Ermordeten, die vielmehr als Zeugen und Angehörige in dieser Untersuchung mitwirkten. Der geringste Umgang mit Blau während seiner letzten Lebensstage in Verbindung mit der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei genügt, um mit der betreffenden Untersuchungshaft zu verhängen. Die darüber den Denunziationen von Spitzeln wie Tolst, Stolz, Schreiber, auch wenn sie anonym eingingen, die phantastischen Entdeckungen eines expressiven Strafgefangenen (Eulenberger), das alles wurde für ausreichend erachtet, um Kommunisten unter Verdacht in Haft zu setzen. Ja man schreite in der Verfolgungslust nicht davor zurück, auf Grund unzureichenden Materials den Kommunisten Dahms aus Dänemark ausliefern zu lassen.

Nachdem die politische Polizei nun eine größere Anzahl Kommunisten ins Gefängnis gebracht hatte, begann sie mit diesen Maßnahmen, die unter dem Druck der damaligen außerordentlichen Kriegsgerichte standen, Verbote anzustellen und Protokolle aufzunehmen. Man legte den Gefangenen wochen- und monatelang unter der Maske von mitgefangenen Genossen Spitzel in die Felle, man schickte dem Hoppe einen weiblichen Spitzel in Männerkleidung zum Besuch (Schröder-Mahne), man konfrontierte die Gefangenen mit behauptungslückernden Zeugen, die in der Gegenwart der Beschuldigten ihre belästigende Anklage widerlegten, um nach der Entfernung des Angeklagten ihre Denunziation dem untersuchenden Beamten gegenüber wieder in aufrichtiger Weise zu erhalten, der die neue Beschuldigung dann wieder in den Akten vermerkte.

Diese Verbote und Protokolle, sowie ein Kassetten des Angeklagten Hoppe, den dieser in der Haft an seinen Mitgefangenen Winter schrieb, sind im wesentlichen das Material, das die Unterlage der Anklage gegen die drei jungen Kommunisten bildete, gegen die man das Hauptverfahren wegen Mordes eröffnete, während man infolge völlig einwandfreier Alibibeweise die größte Zahl der Verhafteten entlassen und außer Verfolgung setzen mußte.

Auf Grund der Beweisaufnahmen haben die Geschworenen den Angeklagten Fichtmann freigesprochen, da die Verteidigung in der Hauptverhandlung in der Lage war, auch für Fichtmann einen lückenlosen Alibibeweis zu führen. Was aber geschah im Falle Hoppe? Ein Tatzeuge ist nicht vorhanden. Alle Belastungsmomente waren nur mittelbarer Art: 1. Das Gutachten des Hoppe, der eingeräumt hatte, vor der Tat in der Winklerischen Wohnung gewesen zu sein und später dem Fichtmann der Leiche um Kanal beigegeben zu haben. 2. Die in der Hauptverhandlung eingeschränkte, teils widerwärtige Aussage des auch in Haft gewesenen Fichtmann vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter.

Im Prozeß gegen die Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beschwerten zwei Tatzeugen, die im Auto gefahren haben, gehen zu haben, daß Oberleutnant Vogel den tödlichen Schuß in die Schäfte der Frau Luxemburg abgegeben habe. Ergebnis: Freisprechung des Offiziers von der Anklage des verfluchten Mordes. Im Blau-Prozess war in der Hauptverhandlung kein Zeuge der Tat zugegen, es blieb eine Fülle von Zweifeln und Möglichkeiten bestehen. Ergebnis: Die Verurteilung des Proletariats zu 6 Jahren Zuchthaus. Nehmt hier die Strafe der Fall Winter. Auch hier trägt die Strafe den Charakter der unzulässigen mittelalterlichen, dem modernen Recht unbekanntem Verdachtsstrafe.

Am empörendsten in der Behandlung war das Auftreten des Staatsanwaltes Dr. Dr. H. Mann, der sich nicht scheute, die Forderung zu stellen, den jetzt für unschuldig befundenen Fichtmann und Hoppe als Schädlinge aus der menschlichen Gesellschaft zu beseitigen. Dr. H. Mann sprach von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und von dem Schutz der Rechtsordnung. Wenn ein so ausgesprochener Vertreter des alten Regimes, ein vormaliger englischer Staatsanwalt, von der Heiligkeit des menschlichen Lebens spricht, so wirkt das, nachdem Millionen dem verruchten System des Militarismus zum Opfer gefallen sind, wie Blasphemie. Die Schädlinge, von denen die menschliche Gesellschaft befreit werden muß, sind nicht die jungen Kommunisten, sondern die Kriegsverbrecher und die Verbrecher, die aus dem Blut und der Gesundheit der breiten Volksmassen sich die Möglichkeit ihres Herrtums erwirkt haben. Es sind die Lastträger und ihre Hintermänner, die nicht nur die Anstifter zu diesen Verbrechen waren, sondern die durch ihre gesamte Wirksamkeit überhaupt erst jene Atmosphäre schaffen, in der politische Morde verübt werden können.

Die eilfertige Justiz

Während der Kappjagd ist in Eisenstein der Bergarbeiter Bogeljang erschossen worden. Der Hergang war folgender: Auf Befehl des Kreisrates, der Polizei und des Landrats des Mansfelder Seekreises wurde in Eisenstein ein Teil der Arbeiterkassen zum Schutz gegen die Kappverbrecher bewaffnet. In der Nacht zum 16. März erhielten mehrere Arbeiter den Befehl, ein Auto für eine dringende Fahrt nach Heilsdorf zu beschlagnahmen. Die Beauftragten gingen zum Anwesen der Mansfelder Kupferhüttenbergwerkschaft. Sie wurden dort festgehalten, bis die Polizei der Bergarbeiter Bogeljang, ein Häne von Gestalt, mit zwei Begleitern auf die Wartenden stürzte. Er hatte eine schußbereite Pistole in der Hand, packte den Arbeiter Koch an der Schulter und jagte ihm zwei Schüsse durch den Oberarm. Daraufhin wurde aus dem Reihen der Arbeiter auf Bogeljang geschossen, der tödlich getroffen wurde. Es lag also ein beachtlicher Akt Notwehr vor. Trotzdem wurden die Arbeiter unter Anklage gestellt und das Schwurgericht in Halle verurteilte dieser Lage die Angeklagten Koch zu zwei Jahren drei

Monaten. Engel und Saalfeld zu je einem Jahr einen Monat Gefängnis. Es wurde Nötigungsvorwurf und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang angenommen. Bezeichnend ist, daß der Staatsanwalt bei der Auswahl der Geschworenen ausnahmslos alle Geschworenen ablehnte, die aus den Reihen der Arbeiter eingenommen waren. Auch die Eilfertigkeit, mit der die Justiz arbeitet, wenn es gegen Arbeiter geht, ist beachnend. Kein Kappist ist bisher verhaftet worden, noch kein einziger Hochverräter unter Anklage gestellt. Die Mörder des Genossen Fichtmann befinden sich auf freiem Fuß, die Breslauer Offiziere, die Neben Arbeiter forsteten, erschlugen und in die Ober warfen, sind ins Ausland verbannt. Die Arbeiter aber, die in Abwehr des Völkerverbrechens die Waffen ergriffen, werden im Eiltempo angeklagt, fassen die Zuchthäuser und Gefängnisse. Das ist die preußisch-deutsche Justiz im neuen republikanischen Deutschland. Sie sorgt in der Praxis selbst dafür, daß das letzte Restchen Ansehen, das sie noch besitzen konnte, verloren geht.

Etat des Reichswehrministeriums 56 Generale — Ein Spitzelfonds

Im Reichshaushaltsauschuss benutzte am Freitag Genosse Dr. Rosenfeld die Nachforderungen zum Reichsmilitärgericht, um verlässliche Mitteilungen über die Militärrichter zu kritisieren. Er fragte an, wie hoch sich die Gehalts- und Zuchthausstrafen, die auf Grund von Urteilen der Militärrichter noch vollstreckt werden, belaufen, wie viele Strafrechte ist noch zu verbüßen sind und wem von welcher Seite? Zahllose Zuschriften gelangten an alle Parteien über diese Verhältnisse der Militärrichter, auch scheint es, daß die Genossen in Eisenstein besonders wenig berücksichtigt werden.

In der Entscheidung von Schuchhaffischen lasse sich das Reichsmilitärgericht zu lange Zeit. Durchschneidlich dauere es drei Monate, bis Termine angesetzt werden. Das auch rascher gearbeitet werden könne, habe das Reichsmilitärgericht bewiesen bei dem Hohensoffernprozessen; da brauchte es nur wenige Tage, um über die Aufhebung der Schuchhaff zu entscheiden. Genau so langsam werde gearbeitet bei der Entschädigungsleistung für ungeschädigte existierende Schuchhaff.

Weiter protestierte Genosse Rosenfeld gegen die Geheimhaltung der Verhandlungen vor dem Reichsmilitärgericht, ein solches Verbot sei nicht gegeben; und gegen die Anklagen der Verhaftungen auf Grund des Kaufkraftparagrafen, nach dem jeder verhaftet werden kann, der die „Sicherheit des Reiches gefährde“. Während überall zur Spionage erwähnt werde, seien am Reichsmilitärgericht eine Uebersicht von Richtern, die während eines Verhandlungstages nur ein bis zwei Schuchhaffischen erledigten. Erstaunen und Mißtrauen rufe es hervor, daß der Gerichtssaal aus zwei Richtern und drei Offizieren gebildet wird, letztere fast ausschließlich Herren des Adels, die in politischen Sachen kein Vertrauen genießen. Ein Offizier, der im November 1918 von einem Soldatenrat aus dem Dienst entfernt wurde, erschießt kürzlich über die Haft des selben Mannes, der als Soldatenrat diesen Offizier entfernt hatte. Wie der Vorherrschaft mittelst wird, da kein Vertreter des Reichsmilitärgerichts anwesend ist, erst später auf alle diese Beschwerden geantwortet werden. Der Abg. Richter betonte, daß nach seiner Auffassung die Verhandlungen des Reichsmilitärgerichts prinzipiell öffentlich sein, doch weist Genosse Rosenfeld nach, daß tatsächlich die entgegengesetzte Praxis üblich ist.

In der Generaldebatte über den Etat des Reichswehrministeriums begründete der Regierungsvertreter die große Zahl der Generale (56) damit, daß sie als Lehrer für die jungen Soldaten gebraucht würden, um ihnen die Erfahrungen des Krieges zu übermitteln, außerdem soll die größere Anzahl von höheren Offiziersstellen ein besseres Avancement und dadurch größere Arbeitsfreudigkeit der Offiziere herbeiführen. Eine scharfe Kritik setzte ein beider Forderung von 150 000 M. für die Stelle zur persönlichen Unterrichtung des Ministers aus dem Zeitungsweesen im Reichswehrministerium für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1920.

Da diese „persönliche Unterrichtung“ des Ministers nur ein verhängnisvolles Prestige darstellt, fordert Genosse Rosenfeld seine Beseitigung, denn die Quellen der dahin gelangenden und von dort ausgehenden Nachrichten seien völlig unkontrollierbar. Die sieben Vertreter der Rechtssozialisten vertraten zwei Meinungen. Die einen wollen volle, die anderen nur teilweise Streichung der 150 000 M. Unter Antrag auf gänzliche Streichung wird abgelehnt, der Antrag der S. P. D. 50 000 M. zu streichen, wird angenommen. Damit wurde wieder einmal die Hälfte der Forderungen der S. P. D. aufs schönste bewiesen.

Bei der Erörterung über die Befolgungen verdient die mehrfach wiederkehrende Bemerkung des Regierungsvertreters Beachtung, daß die Armee nach den Erfahrungen des Krieges ausgebildet werden müsse, um sie als Kampf- und Sicherheitsarmee zu brauchen.

Ueberhaupt ging durch alle Erklärungen der im Schilde ihrer Orden als Regierungsvertreter erschienenen Offiziere ganz der alte „soldatische Geist“, der mehr als alles andere geeignet ist, das Vertrauen der Parteien gegen Deutschland nach zu halten. Deshalb müssen wir die in Vorbereitung begriffenen Einrichtungen zur Bildung und Unterricht der Heeresangehörigen, von denen der Kometal spricht, klar übersehen, und jeden Versuch, die Berufssoldaten vom Zivildienst zu trennen, für sie wiederum eine besondere Bildung, einen besonderen militärischen Erdbegriff zu schaffen, in seinen Anfangszeiten kritisieren.

Die Beratung über das Reichswehrministerium wird am Sonnabend fortgesetzt.

Der Fall Meyer-Nicolai

Wie bekannt, hatten vor einigen Monaten reaktionäre Studenten der Berliner Universität die Vorlesungen Professor Nicolais gewalttätig gestoppt und ihn am weiteren Abhalten seiner Vorlesungen gehindert. Professor Nicolai rief darauf zum Schutz seiner Lehrtätigkeit den Senat an, der kurz vor dem Kapp-Putsch, unter Vorherrschaft des Rektors Meyer, den Entscheid gab, daß Professor N. infolge seiner passiven Beteiligung während des Krieges unwürdig sei, weiterhin an der Universität zu lesen.

Jetzt hat zur Beilegung des Konfliktes der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einen Erlaß an Rektor und Senat der Universität Berlin gerichtet, in dem das Urteil des Senats gegen Nicolai darauf zurückgeführt wird, daß der Senat bei der Beurteilung der Angelegenheit Nicolai geglaubt hat, in einem Streit zweier Parteien einen Schiedsspruch fällen zu sollen, dem sich der unterliegende Teil zu unterwerfen habe. In dem Erlaß des Ministers heißt es dann weiter:

Bei dieser Beurteilung der Sachlage habe ich die völlige Ueberzeugung aller bei dem Verfahren Beteiligten von der Richtigkeit ihres Vorgehens und ihrer Ueberzeugung mit meinen Anschauungen unbedenklich vorausgesetzt; insbesondere richtet sich keine meiner Erklärungen gegen einzelne Personen, sondern lediglich gegen die in E. irrtümliche Einschätzung der Situation. Die Annahme des Senats, daß in diesen Verlautbarungen für die Disziplinardisziplin der Universität wie für den Senat eine schwere Verletzung gelegen habe, entbehrt daher tatsächlich der Begründung. Nach wie vor ist ausschließlich mein Ziel, das durch das Verhalten eines Teiles der Studentenschaft zweifellos verletzte Recht der Bekanntheit herzustellen. In der Ueberzeugung von der Berechtigung dieser Sorge weise ich mich mit dem Senat ein. Ich vertraue deshalb darauf, daß, wenn Professor Nicolai nach weiteren Verhandlungen mit mir den Wunsch nach Wiederaufnahme seiner Vorlesungen äußern wird, der Senat für einen ungestörten Verlauf der Amistätigkeit Nicolais jede notwendige Vorkehrung treffen wird. gez. Haenisch.

Obgleich Professor Nicolai seine Vorlesungen nun wieder aufnehmen wird, so kann uns die Lösung des Falles Meyer (und darum handelt es sich) doch nicht befriedigen. Der Erlaß Haenischs bedeutet weiter nichts, als daß scheinbar der Rektor Meyer sich den Anordnungen des Kultusministers gefügt hat, tatsächlich aber hat Haenisch vor dem Reaktions-Rektor

kapituliert. Denn nichts anderes ist es, wenn der Erlaß des Ministers von dem Urteil des Senats als von einer „irrigen Einschätzung der Situation“ spricht. So werden wir bald dahin kommen, daß der Rektor Meyer sein Eintreten für die Kappregierung ebenfalls mit der „irrigen Einschätzung der Situation“ entschuldigen wird. Und Haenisch wird ihm glauben.

Gemeingefährliches Treiben

Die K. A. P. D. als Helfershelfer der Reaktion

Die kommunistische Arbeiterpartei scheint ihr ganzes Verhalten darauf einzustellen, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu verstärken, daß sie gewollt und ungewollt die Geschäfte der Reaktion besorgt. So berichtet jetzt der „Kämpfer“, das Hauptorgan der sächsischen K. A. P. D., aus Dresden, daß dort am letzten Sonntag die K. A. P. D. eine militärische Übung abhielt und durch Abgesandte den ganzen Blauenischen Grund alarmieren wollte. Diese unzulässige Spielerei gibt dem „Kämpfer“ Anlaß zu folgender Charakterisierung der Dresdener K. A. P. D.:

Die Treibereien der Dresdener K. A. P. D. nehmen immer mehr den Charakter von Spitzeltätigkeit an. Wir können uns des Gedankens nicht erwehren, als habe man die Abgesandten der Herren L. und M. nur zu dem Zwecke geschickt, um der Regierung behilflich zu sein, die Arbeiter zu entwaffnen oder die Arbeiter doch den Spitzeln und Spürhunden der Regierung auszuliefern. Wir können nicht bestimmt behaupten, ob diese Treibereien absichtlich geführt werden, obgleich wir nach den Erfahrungen der letzten Zeit dies anzunehmen gezwungen sind. Aber ganz gleich, ob bewußt oder unbewußt, die Wirkung bleibt dieselbe, Hilfe für die Konterrevolution, Schädigung der Arbeiter.

Die „rote Fahne“, die diese Kritik zustimmend abdruckt, bemerkt mit Recht dazu, daß die Proberévolution in Dresden nur ein Beispiel von vielen ähnlichen höchst gefährlichen Dummdreier ist, die die Wirkstoffe in der K. A. P. begeben. Die Unfähigkeit des Unternehmens, die Revolution vorher einzufundieren und durch theatralische Spielerei den Bolschewiken Material und Gelegenheit zu verschaffen, liegt auf der Hand und es müßte jedem Arbeiter die Unfähigkeit derartiger Machinationen endlich klar werden. Wir schließen uns diesen Worten vollinhaltlich an. Die K. A. P. D. stellt ihre ganze Taktik immer mehr darauf ein, die Arbeiterbewegung zu schädigen, zu spalten und ihr jede Aktionskraft zu nehmen. Mit welcher Privolität sie dabei zu Werke geht, zeigt folgender Fall: In letzter Zeit sind vielerorts sogenannte K. A. P. D. Ausschüsse aufgetaucht, die mit gefährlichen Ausweisen die Unterhaltungsstellen der Arbeiter anzupflandern versuchen. Die K. A. P. D. hat, einer Meldung der Magdeburger „Vollstimme“ zufolge, ein ganzes System ausgearbeitet, um diese Plünderungen großzügig zu organisieren. Sie hat an ihre funktionäre Plankos auszuweise verschickt, die folgenden Inhalt haben:

Der revolutionäre Vollzugsrat Duisburg,

Der — die Genossen von der Roten Armee sind Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet. Es wird gebeten, dieselben zu unterstützen. Der revolutionäre Vollzugsrat Duisburg, J. A. Kempa.

Die Agenten der K. A. P. D. werden massenweise mit diesen Ausweisen versehen, sie haben nur noch den Namen einzutragen und werden dann auf die Unterhaltungsstellen losgelassen. Wirkliche unterstützungsbedürftige Arbeiter werden durch diese Räuberzügen natürlich schwer benachteiligt. Aber darum kümmern sich die Herren der K. A. P. D. nicht. Ihr Ziel ist die Desorganisation der Arbeiterklasse. Die verwerflichsten Mittel erscheinen ihnen dabei als die besten. Sollten angesichts solcher verwerflicher Handlungen nicht endlich dem letzten Arbeiter die Augen darüber aufgehen, daß vorerst einmal diesen Schädlingen das Handwerk gelegt werden muß, wenn die Arbeiterbewegung zur vollen Aktionsfreiheit gelangen will?

Der Generalstab der Arbeit

Die Beratungen für den englischen Generalstab der Arbeit sind beendet. Dem Gewerkschaftstongress zu Portsmouth, der im September stattfindet, sollen die Pläne vorgelegt werden. Es soll ein Rat von 30 Mitgliedern geschaffen werden (das ist der Generalstab), der 17 Gewerkschaftsgruppen vertritt. Der Rat wird in fünf Untergruppen geteilt. Diesen Gruppen werden vollberechtigte Beauftragte zugewiesen, die sich ganz ihrer Spezialarbeit zu widmen haben. Die Gruppen unterstehen der Kontrolle des Generalstabes.

Die Aufgabe des Generalstabes ist, die industrielle Aktion verschiedener Gewerkschaften zu vereinigen und eine allgemeine Aktion der Gewerkschaften in allgemeinen Fragen herbeizuführen, nicht nur in Bezug auf Löhne und Arbeitszeit, sondern in jeder Angelegenheit von allgemeiner Bedeutung, in der Streit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern oder zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der Regierung entstehen. Der Rat soll die Nachbegründung haben, jeden Verband, der in irgend einer Lebensfrage der Gewerkschaftsprinzipien angegriffen wird, zu unterstützen. Die Propaganda, sowie die Pflege der internationalen Beziehungen gehören ebenfalls zu den Aufgaben des Generalstabes. Um die Kosten aufzubringen, sollen die Gewerkschaften bis zu dem Maximum von 10 Schilling für je 1000 Mitglieder besteuert werden. Eine Steuer von 1 Penny pro Mitglied würde eine jährliche Einnahme von 25 000 Pfund Sterling bedeuten. Die Pläne unterliegen noch der Zustimmung der Portsmouther Konferenz, sie werden jetzt den Verbänden zur Diskussion vorgelegt.

Der Aufbau des internationalen Arbeitsamtes

Das Bureau des internationalen Arbeitsamtes wird nach der Konferenz von Genoa, d. h. in etwa zehn Tagen endgültig in Genf eingerichtet werden. Das Bureau wird zwei Sektionen umfassen, deren erste sich mit der diplomatischen Arbeit befaßt wird. Die zweite Sektion wird in mehrere Abteilungen geteilt, wovon eine die Arbeitsfragen in allen Ländern behandeln, eine andere das Problem der Arbeitslosigkeit und die Auswanderungsfrage bearbeitet. Ferner soll eine Abteilung für soziale Versicherung, eine für das Genossenschaftswesen, sowie eine maritime Abteilung geschaffen werden. Eine besondere Abteilung wird außerdem alle auf den Bolschewismus bezüglichen Fragen prüfen. Es ist bereits ein umfangreicher Bericht vorbereitet, der nächstens zum Druck kommt.

In den nächsten Tagen erscheint:
Das Reichseinkommensteuergesetz
Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager
56 Seiten :— : Preis 4 M.
Zum Gebrauch für Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende
Sofortige Bestellung erbittet
Verlagsgenossenschaft Freiheit e. G. m. b. H.
Abteilung Buchhandlung :— : Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit

Die Beratungen des Ausschusses

Der vom Reichstag zur Beratung des Gesetzentwurfes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit eingeschickte Ausschuss trat am 7. Juli zusammen. Vorsitzender des Ausschusses wurde Genosse Dr. Rosenfeld. Vor Eintritt in die sachliche Beratung machten die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen Vorstoß zur Verhinderung der Beratung. Sie verlangten, daß erst der von der Regierung angekündigte Gesetzentwurf abgeändert werden solle. Der Verschleppungsversuch scheiterte aber an dem Widerstande aller übrigen Fraktionen. Vergeblich wiesen die Herren von der Rechten darauf hin, daß die sofortige Beratung allen von der parlamentarischen Gebrauchswidersprüche, und daß sie keinen Präzedenzfall in der parlamentarischen Geschichte habe. Auch diese großen Worte mühten der Rechten nicht. Der Beratungsantrag wurde abgelehnt.

In der sachlichen Beratung entbrannte ein heftiger Streit um die Strafe des strengen Arztes, deren Fortfall im Gesetzentwurf vorgesehen ist. Abg. Baumhuth (D. N. B.) bezeichnet es als Mißverhältnis, wenn in Abg. Penthenfer (D. V.) empfand es als Schandheitsfehler, wenn in dem Gesetzentwurf, der provisorische Bestimmungen enthält, materielle Strafen hinstingelnd sind. Die Genossen Herz, Dersfeld und Dr. Rosenfeld sowie die Abg. Nabruch (S. P. D.) und Haas (Dem.) belagerten dagegen, daß es nicht darauf ankomme, Schandheitsfehler zu belagern, sondern so schnell wie möglich die Strafe des strengen Arztes zu beseitigen. Auch Gen. v. Feldmann wollte den Schandheitsfehler mit in den Raum nehmen. Der Ausschuss beschloß dann auch die Beseitigung des strengen Arztes.

Unsere Vertreter machten den Versuch, die an die Zivilgerichte übergehenden Militärstrafsachen den Schöffengerichten zur Beurteilung zuzuführen. Sie wollten nicht, daß die Strafkammer für zuständig erklärt würde, weil deren Rechtsprechung ganz besonders zur Kritik Anlaß gibt, und weil gegen Strafkammerurteile förmlich Revision eingelegt werden kann. Die anderen Parteien erblickten in der Übertragung des Gesetzentwurfes eine Bevorzugung der Militärs vor den Zivilpersonen, für die ja auch die Strafkammer zuständig sei. Weil also die Zivilpersonen unter schlechterer Justiz leiden, sollen es auch die Militärpersonen nicht besser haben. Das war der Sinn der Ausführungen der Vertreter aller anderen Parteien. Auch die Rechtssozialisten stimmten mit den Vertretern der anderen Fraktionen die Anträge unserer Genossen nieder.

Auch andere Anträge des Genossen Dr. Rosenfeld, welche zum Ziele hatten, besondere Rechte der militärischen Vorgesetzten zu beseitigen, fanden keine Gnade bei den übrigen Parteien. Alle diese Anträge verfielen der Ablehnung.

Die Untersuchungsfrist soll nach dem Gesetzentwurf auch dann möglich sein, wenn die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin die Verfolgung erfordert. Eine Kautelenbestimmung schlimmster Art. Es gibt gewiß kein Militär, bei dem man nicht behaupten könnte, daß die militärische Disziplin die Verfolgung erfordert. Genosse Dr. Rosenfeld beantragte die Streichung dieser Bestimmung. Der Antrag wurde einem Untersuchung zur Prüfung überwiesen. Ebenso Anträge des Genossen Dr. Herzfeld auf Aufhebung des Rechts der Militärpersonen, auf festgenommene, die einen Pflichtverstoß machen, zu schießen, und auf Streichung der Bestimmungen, nach welchen Angehörige der Wehrmacht möglichst nur durch militärische Stellen festgenommen werden sollen. Gen. Dersfeld wies zur Begründung besonders auf die Gefahren hin, die mit einem Transport durch Militärpersonen verknüpft seien, zahlreich seien in letzter Zeit Unschuldige angeblich auf der Flucht erschossen worden. Diese Gefahr sei beim Transport durch Militärpersonen besonders groß.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei verlangten, daß in Militärstrafsachen besondere Kommissare mit der Wahrnehmung „militärischer Interessen“ vorgesehen würden. Nach der Begründung der Antragsteller sollten diese Kommissare die militärische Auffassung vertreten. Sehr zum Schaden vieler angelegter Soldaten, deren Befragung gewiß nur noch schwerer ausfallen würde, wenn besondere Vertreter militärisch er Interessen Zeugen und Richter beeinflussen könnten. Diese Anträge der Rechten wurden ersreulicherweise vom Ausschuss abgelehnt.

Zur Strafvollstreckung verlangte Genosse Dr. Rosenfeld, daß die über Militärpersonen verhängte Freiheitsstrafe nicht von Militär-, sondern von Zivilbehörden vollstreckt würde. Der Vertreter der Regierung wies gegenüber diesem Antrage darauf hin, daß die Zivilgefängnisse überfüllt seien, und daß kein Platz zur Aufnahme der Militärpersonen sei. Diesen sehr schwachen Einwänden schlossen sich die Vertreter aller anderen Parteien an. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Zum Schluß der einen ganzen Tag füllenden Beratungen machte die Rechte nochmals einen Verschleppungsversuch. Sie verlangte die Beseitigung einer zweiten Lesung. Der Antrag wurde aber abgelehnt. In einer neuen Sitzung sollen die Bestimmungen über die Gründe

eines Haftbefehls und über die Gesetzesjustizare und eine bessere Formulierung einzelner Paragraphen vorgenommen werden.

In der Sitzung am 8. Juli wurden die Verhandlungen zu Ende geführt. Leider gelang es unseren Vertretern nicht, die Bestimmung auszumergen, nach welcher Untersuchungsfrist auch dann verhängt werden kann, wenn die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin die Verfolgung erfordert. Der Antrag des Genossen Dr. Rosenfeld, diese Bestimmung zu streichen, fand nur noch bei den Rechtssozialisten Zustimmung. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte diesen Verhandlungsantrag ab. Der schwerste Mangel des Gesetzes ist also nicht beseitigt worden.

Der Antrag, auch nach Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit besondere Gesetzesjustizare der Militärverwaltung beizugeben, entfiel ebenfalls. Es ist aber nicht gelungen, ihn seiner schlimmsten Mängel zu entkleiden. Wird er in der nunmehr beschlossenen Form Gesetz, so wird die Entschädigung bald sehr groß sein; schnell wie sich zeigen, daß ein Mißverhältnis besteht, eine wesentliche Lücke aber nicht erzielt wurde.

So hat denn der Gesetzentwurf, auf dessen Annahme das ganze Volk seit langer Zeit wartet, die Beratungen des Ausschusses passiert. Es ist aber nicht gelungen, ihn seiner schlimmsten Mängel zu entkleiden. Wird er in der nunmehr beschlossenen Form Gesetz, so wird die Entschädigung bald sehr groß sein; schnell wie sich zeigen, daß ein Mißverhältnis besteht, eine wesentliche Lücke aber nicht erzielt wurde.

Vollversammlung der Betriebsräte

Ueber die letzten Gruppenversammlungen der Betriebsräte schickte uns die Betriebsrätezentrale folgenden Bericht:

Die Zentrale der Betriebsräte hatte zu Donnerstagabend in Erziehung eines Beschlusses der letzten Generalversammlung der Betriebsräte-Vollversammlungen die Gruppen: Metallindustrie, Holzindustrie, Graphisches Gewerbe und Papierindustrie, Lederindustrie und Stein- und Baustoffindustrie einberufen. In den Versammlungen wurde der Bericht über die Tätigkeit der letzten Generalversammlung und über den Stand der Verhandlungen mit der Berliner Gewerkschaftskommission gegeben. Die Generalversammlung der Betriebsräte hatte sich nach ausführlicher Diskussion und Würdigung aller in Betracht kommenden Fragen für eine selbständige Räteorganisation ausgesprochen und die Zentrale beauftragt, den Aufbau derselben sofort zu vollenden. In den Versammlungen der oben angeführten Industriegruppen wurde die Haltung der Generalversammlung und der Zentrale einstimmig gebilligt. Besonders Unwillen erregte das Verhalten der Mehrheit der Berliner Gewerkschaftskommission, die durch ihre zweideutige Haltung den Aufbau einer selbständigen Räteorganisation zu verhindern suchte und damit ihren ursprünglichen eingetragenen Standpunkt wieder aufgegeben hat, um sich den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes anzupassen.

In der Vollversammlung der Betriebsräte der Holzindustrie wurde das Verhalten des Bevollmächtigten Stegle von allen Diskussionsrednern, unter denen sich auch Bevollmächtigter befanden, sehr scharf kritisiert und ausgesprochen, daß er das Vertrauen der Holzarbeiter nicht mehr besitzt. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Einberufung einer Generalversammlung des Holzarbeiter-Bundes fordert, in der Stegle seine Haltung in der Rätefrage rechtfertigen soll. In dieser Versammlung soll ein Korrekturentwurf von der Betriebsrätezentrale gestellt werden.

Die Betriebsräte der Metallindustrie billigten das Verhalten der beiden Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes, die alles versucht haben, eine Verständigung zwischen der Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale herbeizuführen. In dieser Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Vollversammlung der Betriebsräte der Metallindustrie billigt die Haltung der Generalversammlung und der Zentrale. Sie erklärt sich bereit, mit allen Kräften den Aufbau einer selbständigen Räteorganisation zu fördern. Die Betriebsräte sind bereit, sofort die Finanzierung der Räteorganisation durch Vertrieb der Beitragsmarken durchzuführen und erwarten dabei die Unterstützung aller Kollegen.

In den Vollversammlungen der anderen Industriegruppen wurden ähnliche Anträge angenommen und besonders die Betriebsräte verpflichtet, allen Verträgen der Gewerkschaftsinstanzen, den Aufbau und die Finanzierung der selbständigen Räteorganisation zu verhindern, entschieden entgegenzutreten. In allen Versammlungen wurde an die Arbeiterchaft appelliert, sofort zur Finanzierung der Räteorganisation Beitragsmarken zu entnehmen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung behandelte die Wahl der Mitglieder der Zentrale. Die Zentrale besteht aus 36 Vertretern der Industriegruppen.

Der Falkenhagener Massenmörder

In der gestrigen Verhandlung gegen den Schlosser Schumann, zu der wieder ein gewaltiger Ansturm des Publikums herrschte, begann die Beweisaufnahme über den Fall des Lehrers Paul, der in der Nacht zum 22. Juni 1918 in Gegenwart seiner Frau und Tochter an einer norddeutschen Strandbucht erschossen worden war. Der Lehrer Paul befand sich in der Kolonie Falkenhagener See ein Landhaus, aus dem er mit seiner Frau und Tochter im Sommer wohnte. In der Nacht zum 22. Juni wurden die Schlafenden durch ein Feuerknallen wach. Als sie aus der Laube hinauswollten, entdeckten sie, daß von unbekannter Hand ein dicker Zaunpfahl von außen gegen die Tür gestemmt war, so daß die Tür nicht aufging. Nachdem es ihnen mit vieler Mühe gelungen war, das Hindernis zu beseitigen, entdeckten sie, daß ein mit Holz gefüllter Schuppen brannte. Sie löschten das Feuer und wollten gerade wieder in das Haus hineingehen, als Frau Paul eine Gestalt zwischen den Bäumen bemerkte. Sie schlossen die Tür schnell von innen. Im nächsten Augenblick schob sich eine rauchgeschwärmte Hand durch den Fensterschloß und versuchte den Fensterschloß zu öffnen. Fräulein Paul schrie laut auf: Da ist ja eine Hand, während Paul rief: „Was wollen Sie denn hier?“ Statt einer Antwort krachte ein Schuß und Paul sank zusammen.

Wie die Zeugin Fräulein Paul bekundete, habe gleich darauf ein Mann mit Soldatenmütze durch das Fenster geklettert und die Pistole auf sie gerichtet. Sie habe rasch ihre Mutter hinter den Geräteschrank gedrängt und gerufen: „Lieber Mann, gehen Sie doch, wollen Sie uns denn alle drei ermorden. Wir sind doch keine reichen Leute!“ Der Mann habe darauf die Pistole sinken lassen und sei weggegangen. Ihr Vater habe dann gerufen: „Mit mir geht's zu Ende!“ Am nächsten Morgen wurde ihr Vater in das Krankenhaus gebracht, wo er am 9. Juli verstarb.

Die Zeugin erklärte, daß sie Schumann sofort, als er ihr gegenübergestellt wurde, wiedererkannt habe, während der Angeklagte behauptet, er habe weder geschossen noch Feuer angelegt, er sei zu jener Zeit im Felde gewesen. — Auf Befragen des Vorsitzenden bestätigte Zel. Paul, daß ihr Vater ihr erzählt habe: er sei dazu gekommen, wie der Angeklagte am 22. Juni 1918 eine Frau Grabowski vergewaltigen wollte; dieser sei dadurch bei der Ausübung des Verbrechens gestört worden. Frau Paul, die Witwe des erschossenen Lehrers, macht die Aussage in schlichter Erregung, die um so erklärlicher ist, als heute der Sterbetag ihres Mannes ist. Ihre Schilderung der Vorgänge stimmt mit der ihrer Tochter überein.

Kriminal-Oberwachtmeister P a h m a n n: Der Angeklagte hat bei seiner Vernehmung angegeben, daß er der Täter gewesen sei. Er sei bei einem seiner Spaziergänge um Mitternacht an der Laube des Lehrers Paul vorübergekommen. Er habe sich an ihm rächen wollen, weil Paul hinzugekommen sei, als der Angeklagte ein Raubüberbrechen habe begehen wollen.

Schumann erklärt immer wieder dasselbe: er habe die Aussage gemacht, weil ihm diese in den Mund gelegt worden sei und er unter dem Eindruck der Verhandlungen und der Nachwirkungen des Rindviebers gestanden habe.

Nach der Mittagspause kam es zu einem Zwischenfall. Die beiden als Anklageortretter fungierenden Staatsanwälte wurden zu einer schmerzhaften Konferenz zu dem Oberstaatsanwalt gerufen, an der auch der Kriminalkommissar Dr. Kopp teilnahm. Auf den Korridoren kuckerten schon allerlei Gerüchte, daß in zwei Nordfällen, in denen Schumann vor dem Oberwachtmeister Lahmann ein Geständnis abgelegt hatte, die richtigen Täter jetzt gefaßt seien u. a.

Nach Eintritt in die Verhandlung gab Staatsanwaltschaftsrat Dr. Steinhilber folgende Erklärung ab: Mir ist eben eine Nachricht zugegangen, in welcher Befassungsmaterial gegen den Kriminal-Oberwachtmeister P a h m a n n und anderen Beamten der Kriminalpolizei vorliegt. Es ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft, reiflich alles aufzuklären, was für und gegen den Angeklagten spricht und deshalb ist es notwendig und liegt auch im Interesse der Staatsanwaltschaft, alles aufzuklären, was gegen den Zeugen Lahmann vorgebracht wird.

DER MIETERSCHUTZ

Beste gemeinverständliche Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenverordnung

Unentbehrlich für jeden Mieter

Preis 4 Mark
Zu beziehen von der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9 auch in allen Filialen der Freiheit erhältlich.

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Ich hörte tief in Gedanken versunken zu. Nikitins Frau, die sich bisher am Fenster zu schaffen gemacht hatte, tritt jetzt zu uns heran und redet, eine Hand auf die Schulter des Mannes gelegt, mit einer mehr als nötig leidenschaftlichen Stimme, dabei sieht sie mich die ganze Zeit über an, so daß ich ihren offensichtlich Wunsch, vor mir mit ihrer Klugheit zu glänzen, bemerke.

„Weißt du, liebes Männchen, diesen Gedanken der Feuer-taufe habe ich ja schon oft von dir gehört, ich kann das aber beim besten Willen nicht verstehen. Das ist ja ein russischer Fanatismus, dabei kein neuer, sondern ein seit langem erprobter Fanatismus.“

„Das weiß ich ja, meine Liebe“, sagt Nikitin, der unzufrieden mit der Hand abwehrt, „du wirst gleich von der Feuer-taufe der Altgläubigen reden wollen, und dann nimmst's kein Ende.“

„Nun ja“, fällt die Frau ein, „glaubst du denn, es sei nicht wahr? Sind nicht Hunderte, ja Tausende von Menschen verbrannt worden? Und ist das Leben deshalb besser geworden? Das ist ja nur ein Fanatismus, eine Quälerei, bloß das Produkt des kranken, russischen, religiösen Psychopathismus.“

„Jetzt geht's los... Am Gotteswillen, Kanja, geh weg, die Kinder schreien ja dort“, damit schiebt Nikitin seine Frau ohne weiteres ins Nebenzimmer.

„Ja, gewiß, wenn es nicht ganz nach deinem Kopfe geht, dann heißt es „jetzt geht's los“, wirst sie nicht eben freundlich ihrem Manne zu und wendet sich zur Türe, hinter der das Kindergeschrei laut wird.

Ich merke, daß Nikitin dieser Szene wegen ein wenig verlegen ist und daß er sich bemüht, den unangenehmen Eindruck zu verwischen.

„Siehst du wohl, was das für ein verwegenes Weibchen ist, sie ist nicht auf den Mund geschlagen!“

„Seit einiger Zeit hat sie die Gewohnheit aufgeschnappt, in allem mir zu widersprechen; mit jedem Unhold, mit jedem Teufel, mit jedem beliebigen Fremden wird sie sich eher ein-

verstanden erklären, als mit mir. Sie setzt alles daran, das Gegenteil zu beweisen.“

Einige Augenblicke schweigen wir, jeder ist mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt. Ich denke über die Feuer-taufe nach und finde, daß Nikitins Frau recht hat; ist es denn nicht eine echt russische Erscheinung? Nur eine russische, ewig suchende, mythische Seele konnte zu einem so schrecklichen Fanatismus gelangen, sich selbst zu verbrennen, um das Himmelreich zu erlangen! Ich sage Nikitin meine Ansicht, aber er unterbricht mich ungeduldig; ich merke, daß dies sein liebster Gedanke geworden ist, daß der geringste Widerspruch ihn reizt.

„Geh, Kolja, auch du schlägst denselben weiblichen Gedankengang ein! Was hat dies mit dem alten Fanatismus zu tun? Verstehst du wohl, du Menschenkind, davon ist ja hier gar nicht die Rede, dies ist unwiederbringlich verschwunden. Die Idee ist hier das Wichtigste; wer vermag denn heute die Feuer-taufe als Selbstverbrennung der Menschen aufzufassen? Du mußt es nur bildlich nehmen, die Idee in deinen Gedanken herauskristallisieren, dann wirst du sehen, wie sie einem uralten gigantischen Baume gleich, immer wächst und steigt, immer höher, höher... Das Leben ist besudelt, verstehst du mich? Jeder beschuldigt den andern, ohne seine eigene Schuld zu sehen, deshalb schießt jeder die Zähne und fällt, wie ein erbitterter, hungriger Wolf, über die anderen her, weil er ihn für die Ursache seines Unterganges hält. So entsteht ein verzauberter, verschlossener Kreis, die Menschen schlagen einander, zerfleischen sich, das Blut schießt in Strömen, und doch findet man keinen Ausgang. Der Kreis zieht sich immer enger und enger zusammen... Begreiffst du jetzt die Erhabenheit der Idee: Feuer-taufe! Sie muß den ganzen angeammelten Haß, die Bosheit, die Gier verbrennen, einäschern, so verengen, daß die Asche allein übrig bleibt. Und dann wird der neue, wiedergeborene Mensch mit einer neuen Fackel auf die Erde kommen...“

Mit geschlossenen Augen rückt er den Kopf auf seine rechte Hand; ich sehe auf seinem Gesicht tiefes Leiden und religiöse Ekstase geschrieben. Er glaubt an seine Idee, er glaubt an die Feuer-taufe, die den neuen Menschen zur Welt bringen wird.

Leise und dumpf zitterten die Fensterscheiben vom Artilleriefeuer, das mit unregelmäßigen, einzelnen Salven abwechselnd erschallt. Dieses trodene Geknatter und der

donnernde Lärm explodierender Geschosse stürmt, einer unheilverkündenden, spottenden Mahnung gleich, mitten in das Gespräch zweier Menschen, die die Realität vergessen hatten.

Nikitin öffnet müde die Augen, reibt sich mit den Fingern die Stirne und erklärt mir mit stoßender Stimme:

„Das ist bei der Junkerschule, seit drei Tagen haben sie sich dort verschauert, es ist fürchterlich, was dort geschieht.“

„Glaubst du nicht“, sage ich, indem ich auf die entfernten Schiffe horche und mit der Hand in die Richtung der von weither ertörenden Explosionen weise, „daß diese selbe Feuer-taufe, gleichzeitig mit der Bosheit und dem Haß auch die Menschen selber zugrunde richtet, welche diesen Haß, diese Bosheit geschaffen haben? Wie ist es denn möglich, den Menschen von seinen Taten und Handlungen zu trennen? Wird nicht am Ende durch die Vernichtung der menschlichen Handlungen, durch die Feuer-taufe, ein neuer, unverständlicher Haß in die Welt gerufen? Neue Ströme von Blut, ein uraltes Meer neuer Leiden? Wer wird imstande sein, nach der Feuer-taufe den Menschen aus dieser dumpfen Sumpfatmosphäre hinauszuführen? Ihn zu erheben, den Lichtstrahl in seine Seele zu werfen, sein schmuckiges Leben in ein glückliches umzuwandeln? Hier bleibt etwas für mich unverständlich.“

„Du hast Recht“, nickt Nikitin mehrmals mit dem Kopf, „aber ohne zu zerstören, kann man ja nicht bauen, ohne zu vernichten, kann man nicht schaffen. Das, siehst du wohl, ist der Wechsel von Leben und Tod in der Natur. Der Vater muß verschwinden, damit der Sohn an seine Stelle treten kann. Die alte Generation muß vernichtet werden, — darin liegt ja eben der tiefe Gedanke der Feuer-taufe, — damit das, was wächst und kommt, an seine Stelle tritt.“

Mir ist nicht alles verständlich, aber ich vermeide es, mit Nikitin zu streiten, da ich merke, daß diese Idee in seiner Seele tief Wurzel gefaßt hat, daß sie ihm vertraut und lieb geworden ist, der Kulle ist aber seiner Natur nach ein Fanatiker, und es ist eine echt russische Eigentümlichkeit, jede Idee reiflos zu eigen zu machen, sie förmlich in Fleisch und Blut umzuwandeln und sie sodann, mit der Selbstverleugnung eines Propheten, zu verteidigen, für sie aufs Schärfste, auf den Scheiterhaufen zu steigen, für sie im Gefängnis zugrunde zu gehen.

(Fortsetzung folgt.)

